

Konzertsäle versus Plenarsäle

„Wer vertritt das Volk – Herausforderungen der repräsentativen Demokratie“ war das Thema der 29. von der METRO GROUP, BGA und HDE ausgerichtete Berliner Mittwochsgesellschaft. Die Veranstaltung wurde von Mark Frese, Finanzvorstand der METRO AG, eröffnet, der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert als Gastredner begrüßte.

Zu Beginn seines Vortrages machte der CDU-Politiker darauf aufmerksam, dass die Demokratie zwar weithin als beste Staatsform anerkannt sei, gleichzeitig aber die Skepsis ihr gegenüber wachse. Diese Diskrepanz sei allerdings nicht neu und schon Aristoteles ein Demokratie-Skeptiker gewesen. Welche Widersprüche Demokratie bisweilen auszuhalten habe, verdeutlichte Lammert anhand eines Zitats von Karl Jaspers: „Die Demokratie setzt die Vernunft des Volks voraus, die sie erst hervorbringen soll.“ Er sah es als problematisch an, dass gegenwärtig immer mehr Menschen immer mehr Interessen durch Dritte vertreten ließen. So seien beim Deutschen Bundestag aktuell über 2300 Interessenverbände registriert. Wenn es aber um komplexe Fragen wie den Bau von Flughäfen oder die Kernenergie gehe, wüssten die Menschen plötzlich selber ganz genau, was für sie am besten sei. Der promovierte Sozialwissenschaftler kritisierte, dass sich Menschen heute nur noch für eigne Interessen und nicht mehr für allgemeine Belange engagierten.

Volksentscheidungen kein Königsweg zur Lösung komplexer Problemstellungen

Der Honorarprofessor der Ruhr-Universität Bochum bekannte sich klar zur repräsentativen Demokratie. Diese habe unter anderem den Vorteil, dass bei Parlamentsabstimmungen immer jemand zur Verantwortung gezogen werden könne – im Gegensatz zu Plebisziten. Außerdem sei die repräsentative Demokratie auch im Hinblick auf die Reversibilität von Entscheidungen im Vorteil gegenüber Volksabstimmungen. Parlamente würden in Folge der fast immer gegebenen Notwendigkeit, Kompromisse zu schließen, zwar selten geniale Entscheidungen treffen – aus den gleichen Gründen lägen sie aber genauso selten komplett daneben. Speziell auf Bundesebene sei die repräsentative Demokratie

vorzugswürdig, da Fragen der Außen-, Innen-, Währungs- und Sicherheitspolitik sehr komplex seien und nicht dem Risiko kurzfristiger Stimmungen in der Bevölkerung ausgesetzt werden sollten. Ein gutes Beispiel hierfür sei der Brexit. Der zweite Mann im Staat meldete erhebliche Zweifel daran, ob all jene, die für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union gestimmt haben, überhaupt wussten, was sie mit dieser Entscheidung auslösen. Zudem schilderte Lammert seine tiefe Skepsis gegenüber den anstehenden Austritts-Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien. Er könne sich gegenwärtig kein Ergebnis vorstellen, dem sowohl die 27 europäischen Mitgliedstaaten als auch das britische Unterhaus zustimmen könnten. Zum Schluss seines Vortrages warb er mit einem Zitat von George Bernard Shaw für politisches Engagement: „Die Demokratie ist die einzige Staatsform die garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“

Warum Interessenvertretung wichtig ist und doch nicht überschätzt werden sollte

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum erklärte der Bundestagspräsident, er könne in Deutschland keine postdemokratischen Verhältnisse erkennen. Es habe nie größere Einflussmöglichkeiten auf die Politik gegeben als heute. Die Menschen hätten zahlreiche Chancen, sich zu organisieren und politisch aktiv zu werden. Wer sich als Stimmvieh sehe, habe sich selber für diese Rolle entschieden. Lobbyismus sei für Parlamente zwar ein relevantes Thema. Allerdings werde der vermeintliche Einfluss von Einzelinteressen oft überschätzt. Die Vielzahl der Interessenvertreter führe dazu, dass jedem von einer Interessengruppe vorgetragenen Argument umgehend ein Argument einer anderen Interessengruppe entgegengestellt werde

und sich diese regelmäßig neutralisieren. Lobbyismus zu verbieten sei jedoch nicht geboten, da sich Parlamente dadurch selber öffentlich zugänglicher Informationsquellen berauben würden. Selbstkritisch räumte Lammert ein, dass die Politik dem Erklärungsbedarf von politischen Entscheidungen nicht hinreichend nachkomme. Insbesondere unpopuläre Maßnahmen müssten in all ihrer Tiefe erklärt werden, da die Zuhörer dann oft dankbar seien, nicht selber entscheiden zu müssen.

Auf die neuen Formen digitaler Kommunikation angesprochen konstatierte der Politiker, diese hätten die Kommunikation grundlegend und nachhaltig verändert. Er beklagte eine Verrohung des Umgangs im Netz, gegen den notfalls auch strafrechtlich vorgegangen werden müsse. Mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen warb der protokollarisch zweithöchste Vertreter Deutschlands langfristig für eine Änderung des Wahlrechts. Es sei inakzeptabel, dass vor einer Wahl gänzlich unklar sei, wie viele Mandate entstehen würden. Kurzfristig sprach er sich für eine Deckelung aus, durch die sichergestellt werde, dass eine bestimmte Anzahl von Parlamentssitzen nicht überschritten werde.

Zum Schluss berichtete Professor Lammert, wie er anlässlich eines Konzertbesuchs einem Kulturjournalisten auf dessen Frage, warum er nicht wieder für den Bundestag kandidiere, geantwortet habe „...weil Konzertsäle vielleicht noch interessanter als Plenarsäle sind“.

In Prof. Dr. Norbert Lammert werden der Deutsche Bundestag und die deutsche Politik im Zuge der kommenden Bundestagswahl eine hochangesehene und –geschätzte Persönlichkeit verlieren.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

BGA: Gutes Gelingen Mr. President!

„Zu seinem Amtsantritt wünschen wir dem neuen US Präsidenten viel Erfolg. Mit der Übergabe der Verantwortung von Obama an Trump ist der Wahlkampf nun definitiv vorbei und man sollte die neue US-Administration ab jetzt an ihren Taten messen. Auf diese sollten wir allerdings besonderes Augenmerk richten, denn aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit unserem inzwischen wichtigsten Handelspartner steht viel für die deutsche Wirtschaft auf

dem Spiel. Wir hoffen, dass Präsident Trump in der nächsten Zeit erkennt, dass sein Motto „Make America great again“ nur im Zusammenspiel mit den bewährten, internationalen Partnern Wirklichkeit werden kann.“ Dies erklärt Anton F. Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), anlässlich des heutigen Amtsantritts von Donald Trump.

„Wir würden es begrüßen, wenn die deutsche Bundeskanzlerin so bald wie möglich das direkte Gespräch mit dem neuen US-Präsidenten suchen würde, um ihn davon zu überzeugen, wie wichtig internationaler Freihandel und offene Märkte für den zukünftigen Erfolg beider Länder ist. Die Geschichte hat gezeigt, dass protektionistische Grabenkämpfe am Ende niemanden weiterbringen“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 19. Januar 2017

AUSSENWIRTSCHAFT

EU-Parlaments-Ausschuss billigt CETA

Im EU-Parlament hat das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) eine wichtige Hürde genommen. Der federführenden Handelsausschuss (INTA) stimmte am 25. Januar 2017 für den Vertrag, der Ende Oktober von den EU-Staaten und der kanadischen Regierung unterzeichnet worden war. Im Ausschuss votierten 25 Abgeordnete für Ceta, 15 waren dagegen. Nach der für Mitte Februar angestrebten Zustimmung des gesamten Plenums dürften Teile des Abkommens, die vor allem den Abbau von Zöllen vorsehen, im März oder April in Kraft treten. Bis alle Vereinbarungen gelten, vergehen aber vermutlich noch Jahre, da die nationalen Parlamente der EU-Staaten zustimmen müssen.

[Marcus Schwenke]

ARBEIT

Verschärfter Kündigungsschutz für Schwerbehinderte

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist bereits zum 30. Dezember 2016 eine Änderung des Kündigungsschutzes von schwerbehinderten Arbeitnehmern in Kraft getreten. Nach der Neuregelung ist die Kündigung eines schwerbehinderten Menschen, die der Arbeitgeber ohne vorherige Anhörung der Schwerbehindertenvertretung ausspricht,

unwirksam. Aufgrund der Änderung ist es daher zukünftig Wirksamkeitsvoraussetzung für eine Kündigung, dass die vorgesehene Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretung vorgenommen und die getroffene Entscheidung der Schwerbehindertenvertretung unverzüglich mitgeteilt wird (sog. Trias von Unterrichtung, Anhörung und Entscheidungsmitteilung). Schwerbehindertenvertretungen werden in Betrieben gebildet, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt sind.

[Denis Henkel]

KONJUNKTUR

Solides Schlussquartal in der Industrie erwartet

Im November ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Industrieproduktion um 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Produktion im Baugewerbe zog stärker mit 1,5 Prozent an. Innerhalb der Industrie nahm die Produktion von Vorleistungsgütern um 0,9 Prozent zu. Bei den Investitionsgütern war hingegen die Produktion leicht rückläufig (-0,1 Prozent), nachdem sie zuvor moderat anstieg. Außerhalb der Industrie konnte die Bauproduktion ein Plus von 1,5 Prozent verzeichnen. Die Energieerzeugung fiel im November um 0,4 Prozent geringer aus.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im November gegenüber dem Vormonat um 2,5 Prozent gesunken, nachdem es zuvor ein starkes Plus von 5,0 Prozent gab. Hauptgrund für diesen Rückgang ist die schwache Entwicklung der Großaufträge. Auch gingen die Auftragseingänge von Investitionsgütern stark zurück (-4,8 Prozent). Die Aufträge für Vorleistungs- und Konsumgüter stiegen dagegen leicht um 0,5 bzw. 1,5 Prozent. Die Nachfrage sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland sank nahezu gleichmäßig (-2,8 Prozent bzw. -2,3 Prozent). Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist der Trend der Bestellungen deutlich aufwärtsgerichtet. Im Zweimonatsvergleich ergibt sich ein Plus bei den Auftrags-eingängen im Verarbeitenden Gewerbe von 3,5 Prozent.

Die Industrie als auch das Baugewerbe hat sich nach einem schwachen Sommerhalbjahr spürbar belebt, konstatiert das

BMWi. Sowohl die Auftragseingänge als auch die Stimmungskennzeichen versprechen ein solides Produktionswachstum im Winterhalbjahr.

[Moritz Melchior]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Konferenz zur Internationalen Grünen Woche (IGW)

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat anlässlich der Internationalen Grünen Woche 2017 in Berlin eine Konferenz mit dem Titel „Mächtig gut? Essen braucht Vielfalt statt Konzernmacht“ veranstaltet. Darin wurde in insgesamt sechs Panels über aktuelle Fragen der Agrarpolitik debattiert. Dr. Heike Harstick, Hauptgeschäftsführerin des BGA-Mitgliedsverbandes Verband der Fleischwirtschaft (VDF), nahm an dem Panel „Selbständige Bauernhöfe vs agrarindustrielle Dienstleister – wo liegt die Zukunft der Tierhaltung“ teil. Sie berichtete, dass in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Schweinemastbetriebe in Deutschland um die Hälfte (von 50.000 auf 25.000), die der Ferkelerzeuger sogar um über zwei Drittel (von 30.000 auf 9.000) zurückgegangen seien. Viele Tierhalter seien bereit, sich den Wünschen der Bevölkerung nach besseren Haltungsbedingungen für die Tiere anzupassen. Dies setze aber voraus, dass die Verbraucher bereit seien, entsprechend höhere Preise zu zahlen. In der Bevölkerung müsse folglich eine Haltung erzeugt werden, nach der Lebensmittel wieder mehr Wertschätzung erfahren. Zudem müssten Bauvorschriften geändert werden, damit Unternehmen die erforderlichen Maßnahmen auch tatsächlich in der Praxis umsetzen können.

[Sebastian Werren]

VERKEHR

Datennutzung durch die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

Nach einem aktuellen Gesetzentwurf darf die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes künftig die von Binnenschiffen ausgesendeten Identifikationsdaten beispielsweise für Verkehrs-, Unfall-, Schleusen- und Liegestellenmanagement oder für eigene statistische Zwecke nutzen. Die neuen Regelungen zur Erhebung, Verarbeitung und

Nutzung von Daten durch die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung seien vor dem Hintergrund des verstärkten Einsatzes von Binnenschifffahrtswaterstraßeninformationssystemen (River Information Services - RIS), insbesondere der Einführung einer Nutzungspflicht des automatischen Schiffsidentifikationssystems (Automatic Identification System - AIS) in der Binnenschifffahrt erforderlich. Das Ziel der Gesetzesnovelle ist es, "Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sowie die Umweltfreundlichkeit, Interoperabilität und Effizienz des Verkehrssystems Binnenschiff/Wasserstraße zu erhöhen". Daneben sollen die Daten auch für die amtliche Verkehrsstatistik, zur Optimierung von Logistikketten sowie für die Erhebung von Schifffahrtsgebühren nutzbar gemacht werden.

[Meike Tilsner]

Änderungen im Straßenverkehrsrecht

Die Bundesregierung plant Änderungen im Straßenverkehrsrecht. Geplant sind unter anderem Anpassungen im Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), im Fahrpersonalgesetz, im Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern und im Straßenverkehrsgesetz. Die wichtigsten Änderungen sind die Anpassung der Gültigkeitsdauer der nationalen güterkraftverkehrsrechtlichen Erlaubnis für Transportunternehmer an das europäische Recht, die Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage für die Speicherung von Verstößen des Unternehmers und des Verkehrsleiters, die Anpassung der Kabotagebestimmung im GüKG und die Verlängerung der Aufbewahrungsmöglichkeit von Lenkzeitunterlagen zwecks Vereinfachung der Nachweispflichten entsprechend dem Mindestlohngesetz.

Die güterkraftverkehrsrechtliche Erlaubnis wird erstmals für bis zu zehn Jahre erteilt. Bestehende unbefristete Erlaubnisse könnten weiterhin unbefristet genutzt werden, auch wenn die europäische Regelung keine unbefristete Erlaubnis vorsieht.

Die Bundesregierung ist der Empfehlung des Bundesrates, ein "Verbot des Verbringens der regelmäßigen wöchentlichen Ruhezeit im Fahrzeug" aufzunehmen, zunächst nicht gefolgt, obgleich sie Regelungsbedarf im Hinblick auf den Ort, an dem die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit verbracht wird, sieht.

[Meike Tilsner]

Nachruf

Karl Dürbeck verstorben

Der BGA trauert um Karl Dürbeck, der wie wir jetzt erst erfahren, am 23. Dezember 2016 im Alter von 85 Jahren verstorben ist. Er war Mitglied des BGA-Präsidiums und langjähriger Vorsitzender des BGA-Agrarausschusses. Zudem war er viele Jahre lang Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses für Außenhandelsfragen beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. In dieses Amt wurde Dürbeck vom jeweils amtierenden Bundeslandwirtschaftsminister persönlich berufen.

Sein Engagement in der Verbandswelt begann der Diplom-Kaufmann als Präsident des Zentralverbandes, einem Vorgänger des heutigen BGA-Mitgliedes Deutscher Fruchthandelsverband. In Karl Dürbeck, der sowohl für seine Intelligenz und Eloquenz als auch für seinen Weitblick und sein internationales Engagement bekannt war, verliert der internationale Fruchthandel eine seiner herausragenden Persönlichkeiten – und der BGA einen langjährigen, loyalen und engagierten Begleiter.

Zitat der Woche

»Ein Land, das auch morgen wirtschaftlich und sozial in der Champions League spielen will, darf sich nicht an Arbeitszeitregeln aus dem letzten Jahrhundert klammern. Wir wollen und müssen die Chance der Digitalisierung nutzen, statt sie zu verhindern.«

Ingo Kramer, Arbeitgeberpräsident

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg, Sarah Turan
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 1. Februar 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich